



Solidarischer Ausstieg aus der Corona-Krise

Die Corona-Krise hat die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ungleichheiten schonungslos offengelegt. Umso wichtiger ist es den Ausstieg aus der Corona-Krise solidarisch zu gestalten. Wir wollen eine Gesellschaft für alle statt für wenige. Wir nehmen auf alle Rücksicht und halten zusammen. Wir müssen ältere und kranke Menschen weiterhin gemeinsam vor der Bedrohung durch das Virus schützen. Solidarität bedeutet aber auch, jene zu unterstützen, die wirtschaftlich am meisten unter der Krise leiden.

Die Krise zeigt uns: Menschen, die in Branchen wie Logistik und Transport, Gesundheit, Sozialarbeit, Reinigung, Kinderbetreuung, Detailhandel oder Sicherheit arbeiten, halten unsere Gesellschaft am Laufen. Sie verdienen mehr Respekt, mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen. Solidarität heisst auch Einsatz für die Gleichstellung aller, denn viele der „systemrelevanten“ Arbeitnehmer*innen sind Frauen oder auch Migrant*innen.

Die Kosten der Pandemie müssen gerecht finanziert werden. Breite Schultern können und sollen mehr tragen. Wer über ein Spitzensalär, ein riesiges Vermögen oder enorme Unternehmensgewinne verfügt, kann und soll einen grösseren Beitrag leisten. Die Krise zeigt, dass wir alle auf einen starken Service Public angewiesen sind, der aus öffentlichen Mitteln finanziert wird. Es braucht jetzt nicht Abbaupakete, sondern umfangreiche Investitionen in Bildung, Gesundheitsversorgung und Betreuung.

Die Corona-Pandemie hat es bewiesen: Unsere Gesellschaft ist stark, wenn wir solidarisch sind. Solidarität ist der Ausweg aus der Krise.

Die Forderungen der SP Obwalden

- Für eine solidarische Bewältigung der Krise fordert die SP Obwalden konkrete Massnahmen. Unser Ziel ist es, Leben zu retten, Arbeitsplätze zu schützen und eine bessere Zukunft zu gestalten:
- An allen Arbeitsplätzen müssen die Massnahmen zum Schutz der Gesundheit eingehalten werden können. Die Schutzkonzepte am Arbeitsplatz müssen überprüft und durchgesetzt werden. Das kantonale Arbeitsinspektorat muss personell aufgestockt werden, wie es die Internationale Arbeitsorganisation der UNO (ILO) vorschreibt: Pro 10'000 Arbeitsplätze braucht es eine Arbeitsinspektor*innen-Stelle.
- Es braucht bessere Arbeitsbedingungen, mehr Respekt und faire Löhne für die Menschen in systemrelevanten Berufen. Denn diese sind oft schlecht bezahlt und bekommen wenig Wertschätzung. Das muss sich ändern. Die SP fordert alle Arbeitgeber*innen im Care-Bereich und in systemrelevanten Branchen dazu auf, die engagierte Arbeit ihrer Angestellten entsprechend zu honorieren.

- Die Krankenkassenprämien sind für viele Haushalte in Obwalden eine grosse Last. Die SP Obwalden toleriert keine weitere Reduktion der Prämienverbilligung und ergreift gegen solche Bestrebungen das Referendum.
- Beim Wiederaufbau nach der Krise steht der ökologische Umbau im Zentrum. Die SP fordert vom Kanton Obwalden massive Investitionen in klimafreundliche Mobilität, in Gebäudesanierungen und in die Förderung erneuerbarer Energien. Diese Investitionen sind nötig, um die CO2-Ziele des Pariser Abkommens zu erreichen. Und sie schaffen zahlreiche gute Arbeitsplätze in der Region.
- Die Finanzierung der Corona-Krise muss solidarisch erfolgen. Die SP toleriert nicht, dass die Corona-Krise zu Abbauprogrammen beim Kanton führt und somit Menschen mit wenig Geld und der Mittelstand die Kosten der Krise tragen müssen. Staatliche Investitionen in die Bewältigung der Corona-Krise sind richtig und wichtig.
- Die zusätzlich notwendige Finanzierung der Krisenbekämpfung muss nach Massgabe der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit erfolgen: Der Satz der Einkommenssteuern soll ab einem Einkommen von 300'000 Franken zur Refinanzierung der Corona-Ausgaben und zur Stabilisierung der kantonalen Finanzen erhöht werden. Unternehmen haben eine Solidaritätsabgabe von zusätzlich 5% zu leisten. Dividenden sind vollständig zu besteuern, und auf Erbschaften über 10 Millionen Franken ist eine Erbschaftssteuer zu erheben. Die SP Obwalden unterstützt auch die 99%-Initiative der JUSO Schweiz, um die Steuergerechtigkeit zu stärken.

Antragssteller*innen: Urs Joller, Mirjam Hostetmann, Juno Gosteli, Rebecca Büchi